

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Eichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 258

Bad Schandau, Mittwoch, den 17. Dezember 1919

63. Jahrgang

## Lebensmittel betr.

**Auslands-Butter** — bei Klemm — auf Lebensmittelkarte Nr. 6 und Fettmarke C 90 Gramm. Preis M. 8.40 das Pfund.

Donnerstag die Marken 1—1800,  
Freitag " " 1801—Ende.

Schandau, am 17. Dezember 1919.

Der Stadtrat.

**Die Stadt-Sparkasse Schandau** verzinst Einlagen täglich mit 3 1/2 Prozent.  
Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.

**Volksbücherei** im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die deutsche Antwortnote auf die Bedingungen der Entente wegen des Zusatzprotokolls und der Scapa Flow-Frage ist in Paris eingetroffen.

\* Das Betriebsrätegesetz wird erst nach den Weihnachtsfeiertagen in der Nationalversammlung erledigt werden.

\* Minister Roste läßt erklären, daß Oberst Reinhard nicht entlassen, sondern nur auf sechs Wochen beurlaubt sei.

\* Die Landwirte des Kreises Drumburg erlassen eine Erklärung zur freiwilligen Ablieferung der Ernteprodukte 1919 und der Milch für die jetzigen Preise.

\* Bei den Gemeinderatswahlen am Niederrhein erlitt das Zentrum starke Verluste.

\* Auf der Londoner Konferenz wurde vereinbart, daß Frankreich eine Anleihe in England auslegen darf.

\* In Holland herrscht Befürchtung vor dem Ausbruch eines allgemeinen Arbeiterstreiks.

\* d'Annunzio übergibt einem Beauftragten der italienischen Regierung den Befehl über Triumve.

\* In Amerika beschäftigt man sich mit dem Plan, einen Befehlshaber der „irischen Republik“ zu ernennen.

\* Ein erfolgloser Anschlag wurde auf das Leben des kognitiven Premierministers verübt. Der verhaftete Täter ist Student.

\* Die Amerikaner ziehen ihre Truppen mehr und mehr aus Sibirien zurück.

## Die Antwort.

Wird es nun endlich die letzte, wirklich die allerletzte Note sein, die den Weg von Berlin nach Paris gewandert ist mit dem Ziel, zum Frieden zu kommen? Oder soll der Briefwechsel mit Herrn Clemenceau auch noch in das Jahr 1920 hinein fortgesetzt werden? Wenn es nach der deutschen Antwort ginge, könnte nun unzweifelhaft Schluß gemacht und das „erste“ mitsamt dem berücksichtigten Zusatzprotokoll vom 1. November unterzeichnet werden, worauf der Oberste Rat dann zu ruhen hätte, den Friedensvertrag in Kraft zu setzen. Aber es geht nach Herrn Clemenceau, und ob ihm die abermals bewiesene Nachgiebigkeit der deutschen Regierung in seinen Nachtragsforderungen genügen wird, das wissen die Götter. Vielleicht hat er schon heute einige neue Demütigungen für uns vorbereitet, auf die zu verzichten nicht nach seinem Geschmack ist. Gegen seinen Willen gibt es ja, einzuweichen, keine Rettung auf der Welt. Wir werden also abwarten müssen, was er weiterhin mit uns zu tun für gut befindet.

Aber die am Montag in Paris überreichte deutsche Note braucht nicht viel gesagt zu werden; sie ist so ausgefallen, wie es nicht anders sein konnte: Wir haben nicht daran gedacht, unsere Unterzeichnung des Friedensprotokolls von einem Entgegenkommen in der Auslieferungsforderung abhängig zu machen; wir nehmen davon Notiz, daß nach der Inkraftsetzung des Friedens militärische Zwangsmassnahmen gegen Deutschland nicht mehr in Frage kommen sollen; wir stellen fest, daß nach der Absicht der Alliierten die Kriegsgefangenen sofort nach dem Austausch der Rottifikationen heimgeschickt werden sollen; und wir wollen wegen der übrigen Nachforderungen des Protokolls keine Schwierigkeiten machen, weil es sich um verhältnismäßig geringfügige Dinge handelt. Bleibt nur die Entschädigung für Scapa Flow. Hier ist zwar der Sinn des Schreibens des Admirals v. Trotha an Admiral v. Neuter durch unrichtige Überlegung völlig entstellt, und es liegt klar auf der Hand, daß der deutsche Befehlshaber die Versenkung der ihm anvertrauten Schiffe nur vorgenommen hat, weil er irrtümlicherweise den Waffenstillstand für abgelaufen und den Kriegszustand wiederhergestellt hielt. Aber — da ein internationales Schiedsgericht über diesen Streitfall von der Gegenseite nun einmal nicht beliebt wird, erklärt die deutsche Regierung sich auch in diesem Falle zur Wiedergutmachung bereit. Nur möchte sie bitten, die in der Clemenceau-Note vom 8. Dezember in Aussicht gestellte Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands schon jetzt eintreten zu lassen. Zu diesem Zweck werden zugleich mit unserer Antwort alle erforderlichen Nachweisungen übermittelt, aus denen erhellt, daß wir außerstande sind, den Schadenersatz in der geforderten Art zu leisten, weil sonst jede

Möglichkeit eine Durchführung der übrigen ungeheuren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage vollends verweigert würde. Unsere Sachverständigenkommission ist zur Stelle, um mit allen Erläuterungen zugleich eingehende Vorschläge über eine Art des Schadenersatzes zu machen, die, wenn sie auch bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands eine neue drückende Last bedeutet, doch nicht als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar angesehen werden müßte. Erwähnt wird schließlich noch, daß nach diesem Entgegenkommen unsererseits nun auch die noch immer zurückgehaltene Befreiung des Internierungsgewaltens unverzüglich freigelassen werden sollte, und daß nunmehr wohl der sofortigen Unterzeichnung des Protokolls und der Inkraftsetzung des Vertrages keinerlei Hindernisse im Wege stehen dürften. Vielleicht, daß unsere Regierung diesmal keine neue Enttäuschung mehr erlebt. Aber bei der bekannten Weisheit unserer Feinde steht diese Annahme immerhin auf schwachen Füßen.

Schon wird in Paris berichtet, daß der Oberste Rat sich auf keinerlei mündliche Verhandlungen einlassen werde — unsere Sachverständigen würden also auch diesmal die Reise nach Frankreich umsonst unternommen haben. Man werde sich auf eine formelle Antwort beschränken, die, wenn nötig, den Charakter eines Ultimatum haben und den Zeitpunkt für die Unterzeichnung des Protokolls und die Ratifizierung des Friedens einseitig festsetzen werde. Danach könne Deutschland dann „verhandeln“, so viel es wolle. Ob es so kommen wird, werden wir bald erfahren. Dann wird man sehen, ob die deutsche Regierung dabei verharren wird, daß sie außerstande sei, den Schadenersatz für Scapa Flow in der von den Feinden vorgezeichneten Art zu leisten.

## Zur Aufnahme der deutschen Note.

Der Pariser „Temps“ erklärt, der Ton der deutschen Antwort sei sehr entgegenkommend; man glaube, daß die deutschen Spezialisten sich alsbald mit den Sachverständigen der Alliierten begegnen könnten. Die deutsche Note habe wahrscheinlich den Zeitpunkt, zu dem der Friedensvertrag in Kraft treten könne, sehr wesentlich nähergebracht.

Mehrfache Nachrichten besagten, daß der Entente daran gelegen sei, wenn möglich, den Frieden vor Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen. Ob dieser Wunsch sich mit Rücksicht auf die Kürze der zur Vermittlung stehenden Frist verwirklichen lassen kann, ist allerdings fraglich; es ist aber immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß man sich noch im Laufe dieser Woche wenigstens grundsätzlich einigt, und demnach nur minder wichtige Einzelfragen zu klären übrig bleiben.

## Englische Finanzhilfe für Frankreich.

Ergebnisse der Londoner Konferenz.

Im englischen Unterhause gab Lord George eine Erklärung über die Konferenz ab, zu der Clemenceau nach London gekommen war. Die Besprechungen, die zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans abgehalten wurden, umfassen danach den Abschluß des Friedens mit der Türkei und mit Ungarn, die Adriafrage, die Ratifikation der schon geschlossenen Verträge und deren Ausführung. Die wirtschaftliche und die finanzielle Lage wurde ausführlich besprochen. Um den Kurschwankungen, die die Interessen Frankreichs und Englands beeinträchtigen, entgegenzutreten, hat die englische Regierung ihre Einwilligung zur Auflegung einer französischen Anleihe in England gegeben. Der Zeitpunkt, die Höhe und die Bedingungen dieser Anleihe sollen durch ein Abkommen geregelt werden. Die russische Frage war ebenfalls Gegenstand längerer Besprechungen. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz in nächster Zeit wieder zusammenzutreten soll, um die Friedensbedingungen mit der Türkei zu bereinigen und alle Schwierigkeiten, die in der Adriafrage entstanden sind, endgültig zu lösen.

Nach Pariser Meldungen sollen Frankreich langfristige Kredite und Anleihen eingeräumt und Rohstoffe und Waren für drei Jahre gegeben werden im Betrage von 300 Millionen Pfund. Die Kredite sollen zum Ankauf von Kohlen, Wolle, Maschinen usw. benutzt werden. Die Pariser Presse findet das finanzielle Ergebnis der Londoner höchst befriedigend, das politische unbefriedigend. Vom Schutzbündnis ist keine Rede.

## Deutsche Nationalversammlung.

(180. Sitzung.)

OB. Berlin, 16. Dezember.

Um die Arbeiten nachdrücklich zu fördern, hielt es die Nationalversammlung für geboten, heute mit den Verhandlungen bereits um 10 Uhr vormittags zu beginnen. Der Zweck dieses frühen Beginns wurde aber dadurch wieder völlig vereitelt, daß die Mitglieder der Versammlung um die Mittagsstunde das Bedürfnis empfanden, zum Essen zu gehen. Es war deshalb geboten, eine Unterbrechung von mehr als zwei Stunden eintreten zu lassen. An der Spitze der heutigen Tagesordnung standen wieder einmal eine Menge

Kurzer Anfragen.

Hervorzuheben aus diesen sind folgende. Der Abg. Dellus (Dem.) wies auf die Notlage der 4000 aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Beamten und Lehrer. Darauf erklärte Staatssekretär Dewald: Die Reichsregierung wird der Nationalversammlung beim Zusammentritt nach Weihnachten ein Gesetz über die Entschädigung der vertriebenen Elsaß-Lothringer vorlegen. Vorher soll ein Entschädigungsverfahren eingeletzt werden. Die Kosten werden zum größten Teil auf das Reich übernommen werden. Ferner wird mit Beschleunigung geprüft werden, wie den Wünschen der vertriebenen Elsaß-Lothringer auf gleichmäßige Berücksichtigung bei anderweitiger Ansiedlung Rechnung getragen werden kann.

Eine weitere Anfrage von allgemeiner Bedeutung war von dem Abg. Dr. Quard (Soz.) gestellt. Dieser Abgeordnete wies darauf hin, daß die süddeutschen Staaten sich gegen den Zuzug von Ostfremden und Flüchtlingen viel abperlen. Die Woge dieser Bevölkerungsbewegung wird daher einseitig auf preussische Gebiete gelenkt, während gleichzeitig die Lebensmittelbeschaffung aus Süddeutschland einfach abgebrochen ist. Geheimrat Dr. Glack erwiderte: Das bekannte Verbot eines süddeutschen Landes sei recht unwillkommen. Es ist daher auch nicht zulässig, daß Preußen ähnliche Verbote erläßt. Vertriebenen muß regelmäßig Zuflucht gewährt werden. Eine neue Prüfung der Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel steht bevor.

## Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft

wird sodann in zweiter Lesung behandelt. Danach will das Reich Fernleitungen und Kraftzeugungswerke übernehmen. Den Kommunen wird das Recht gegeben, die Verteilungsanlagen zu übernehmen. Die Entschädigung der Anlagen, die bereits vor dem Kriege bestanden, können nach den Herstellungskosten oder nach dem Ertragswert der drei letzten Friedensjahre berechnet werden. Die in den einzelnen Ländern aus natürlichen Energiequellen (Wasserkraft) gewonnenen Elektrizitätsmengen müssen, soweit sie im eigenen Lande gebraucht werden, in erster Linie diesem zur Verfügung stehen. Die Verwaltung der Reichs Elektrizitätswirtschaft soll nach kaufmännisch-technischen Gesichtspunkten erfolgen.

Abg. Krüger (Soz.) sprach seine Zustimmung zu der Vorlage aus. Dasselbe taten die Abgg. Dr. Behner (Str.) und Falk (Dem.).

Der Abg. Lawrenz (Deutschnat. Vp.) teilte mit, daß nur der kleinere Teil seiner Fraktion für das Gesetz, der größere Teil aber gegen das Gesetz stimmen werde. Abg. Marsch (Deutsche Vp.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion. Wütig ablehnend verhielten sich nur die unabhängigen Sozialdemokraten, in deren Namen der Abg. Senke fundab, das Gesetz sei in Wirklichkeit kapitalistisch.

In der Nachmittags Sitzung wurde die Vorlage in der Einzelberatung in kurzer Zeit angenommen. Das Vorhaben des Präsidenten, sofort die dritte Lesung vorzunehmen, wurde durch den Einspruch des Abg. Senke (U. Soz.) unmöglich gemacht. Man begann deshalb die zweite Lesung des Umweltschutzgesetzes.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Verminderung der englischen Besatzungsarmee. Die britische Besatzungsarmee im Rheinland wird um 75000 Mann im Laufe des ersten Vierteljahres 1920 vermindert werden. Die Gesamtstärke der englischen Besatzungsarmee wird jedoch nicht weniger als 325000 Mann betragen. Eine Übernahme britischer Abschnitte im besetzten Gebiet durch die Franzosen kommt vorläufig nicht mehr in Frage.

+ Die Preussische Landesversammlung hielt Dienstag ihre 100. Sitzung ab. Die Debatte begann nach dem gestrigen großen Redebuell zwischen dem Führer der Rechtsopposition Dr. Hergt, der den Etat ablehnte, und dem Minister Südekum, etwas ruhiger mit der Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen. Der Entwurf des Gesetzes betr. Überführung der Privatregale an den Staat